

# Diskriminierender Spruch oder nur Werbung?

LUXEMBURG - "déi gréng", "déi Lénk", LSAP und DP wollen in Parlamentsanfrage am Mittwoch wissen, wieso die Werbekampagne „Net reliéis? Stéi dozou!“ gestoppt werden soll. Das geschieht jedoch nicht. [30 Kommentare](#)



Die Werbekampagne „Net reliéis? Stéi dozou!“ auf Luxemburgs Autobussen löst eine regelrechte Debatte aus. (Bild: Tageblatt)

Die Kampagne „Net reliéis? Stéi dozou!“ löste auf [Tageblatt.lu](#) eine regelrechte Debatte unter den Lesern aus. Auch vier Abgeordnete verschiedener Parteien haben darauf reagiert und zusammen eine Parlamentsanfrage an den Nachhaltigkeitsminister gestellt. Ihnen sei zu Ohren gekommen, dass die Kampagne eingestellt werden soll. Camille Gira ("déi gréng"), André Hoffmann ("déi Lénk"), Marc Angel (LSAP) und Eugène Berger (DP) wollen der Angelegenheit auf den Zahn fühlen und erwarten eine Stellungnahme vom Minister für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur, Claude Wiseler.

Der Entschluss zur Anbringung von Werbeparketen auf Autobussen obliege der Verantwortung des Verkehrsverbundes, deren Vorsitzender der Minister für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur sei, so die Abgeordneten. So wollten sie wissen, ob der Spruch „Net reliéis? Stéi dozou!“ diskriminierende Werte vermittele, welche das Entfernen der Plakate rechtfertige. Falls dies nicht zutrefte, wäre dann ein Abbruch der Kampagne überhaupt im Sinne der in der Verfassung verankerten Meinungsfreiheit? Es sollte auch geklärt werden, wer den Beschluss gefasst habe, die Werbung zu entfernen. In diesem Sinne stelle sich die Frage, was der Nachhaltigkeitsminister nun unternehmen werde, um die Meinungsfreiheit in der Werbebranche aufrecht zu erhalten.

## Kampagne wird nicht unterbrochen

Der Präsident des Verwaltungsrats des Verkehrsverbundes, Romain Diederich, gibt jedoch Entwarnung. Es gebe keinen Grund, die Kampagne einzustellen, sagte er am Mittwoch Tageblatt. Sie verstoße nicht gegen die ethischen Regeln in der Werbung. Die Entscheidung eine Kampagne zu unterbrechen, falle allein dem Verkehrsverbund zu, betonte Diederich weiter. Es sei übrigens das erste Mal, dass gegen eine Werbekampagne des Verkehrsverbundes protestiert werde. Daraus wolle man Lehren ziehen. In den kommenden Wochen werde man sich mit dem Dachverband der Busunternehmen FLEAA zusammensetzen.

(Tageblatt.lu)